



HESSISCHER LANDTAG

09. 11. 2010

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Weiterbau der A 49 über die Region hinaus von zentraler Bedeutung

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt die Einigung von Bund und Land hinsichtlich der weiteren Realisierung der Strecke zwischen Neuental-Bischhausen und der A 5 bei Gemünden. Durch diese Einigung ist es dem hessischen Verkehrsminister gelungen, die bisherige starre Verknüpfung eines Baubeginns mit dem Vorliegen von rechtskräftigen Planfeststellungsbeschlüssen für alle drei Abschnitte aufzuheben sowie den Beginn der Bauarbeiten im ersten Abschnitt Neuental/Bischhausen-Schwalmstadt (VKE 20) endlich zu realisieren.
2. Der Landtag stellt fest, dass die A 49 innerhalb des deutschen Autobahnnetzes eine wichtige Funktion in der Nord-Süd-Achse von Hamburg nach Basel übernimmt, die Menschen in Nord- und Mittelhessen vom Lärm und Dreck des Durchgangsverkehrs der Bundesstraßen entlastet und die Anbindung der Region an den Ballungsraum Rhein-Main verbessert. Insbesondere die Anwohner der Bundesstraße 3 werden eine signifikante Entlastung vom Schwerlastverkehr erfahren. Ihm bietet die A 49 zudem eine steigungsärmere Alternative zur A 7/A 5, die zu größerer Verkehrssicherheit und geringerem Kraftstoffverbrauch führt.
3. Der Bau- und Finanzierungsplan umfasst den Bau des Tunnels Frankenhain ab 2012, die Brückenbauwerke, die Verlegung einer Landesstraße und die Einrichtung einer Baustraße sowie den Ersatz einer vorhandenen Trinkwassergewinnungsanlage. Für diese Maßnahmen stehen rd. 60 Mio. € bereit. Für die insgesamt 12 Kilometer lange Strecke von Neuental/Bischhausen bis Schwalmstadt (VKE 20) werden insgesamt rund 183 Mio. € veranschlagt, welche der Bund zur Verfügung stellen muss.
4. Der Landtag bittet die Landesregierung, die Planung der weiteren Abschnitte der A 49 - Schwalmstadt-Stadtallendorf (VKE 30) sowie Stadtallendorf-A 5 bei Gemünden (VKE 40) - unvermindert mit dem Ziel fortzusetzen, 2011 die zugehörigen Planfeststellungsbeschlüsse zu erlassen.
5. Der Landtag bittet die Landesregierung zudem, auf Bundesebene weiterhin darauf hinzuwirken, dass die noch ausstehenden Mittel zur Finanzierung der Gesamtmaßnahme in zeitlicher Nähe zur Schaffung des Baurechts zur Verfügung gestellt und somit ein zügiger Weiterbau gewährleistet werden kann. Dies ist auch im vorrangigen Interesse der Bevölkerung vor Ort.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 9. November 2010

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Wagner (Lahntal)

Für die Fraktion der FDP
Der Fraktionsvorsitzende:
Rentsch